

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 05.03.2023

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir es?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik und Menschenrechte	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	11
3.1. Was ist das Problem?.....	11
3.2. Was wäre besser?.....	12
3.3. Wie erreichen wir es?.....	12
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	12
Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen	12
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	12
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	13
4. Krieg und Militarisierung.....	13
4.1. Was ist das Problem?.....	13
4.2. Was will Attac?.....	14
4.3. Wie erreichen wir das?.....	14
Zivile Konfliktlösung.....	14
Globalisierung entmilitarisieren	14
Globale Abrüstung.....	15
5. Soziale Sicherheit für alle.....	15

5.1. Was ist das Problem?.....	15
5.2. Was will Attac?.....	16
5.3. Wie erreichen wir es?.....	16
Solidarische Bürgerversicherung.....	16
Soziale Grundsicherung.....	16
Solidarische Städte.....	17
6. Flucht/Migration.....	17
6.1. Was ist das Problem?.....	17
6.1. Was will Attac?.....	18
6.3. Wie erreichen wir das?.....	18
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	18
7.1. Was ist das Problem?.....	18
7.2. Was will Attac?.....	19
7.3. Wie erreichen wir das?.....	19
Ökologische Regulierung der Märkte.....	19
Anders wirtschaften und konsumieren.....	19
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	19
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	20
8. Demokratie.....	20
8.1. Was ist das Problem?.....	20
8.2. Was will Attac?.....	21
8.3. Wie erreichen wir das?.....	21
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	21
9.2. Was will Attac?.....	22
9.3. Wie erreichen wir das?.....	22
Epilog.....	23
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	23

4 Prolog

5 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
6 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
7 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
8 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten
9 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
10 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
11 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
12 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.
13 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
14 der Welt billigend in Kauf nimmt.
15 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
16 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
17 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
18 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
19 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und
20 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-
21 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

22

23 **Globalisierung heute**

24 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
25 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
26 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
27 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und
28 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu
29 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich
30 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

31 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer
32 schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare
33 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der
34 Ungleichheit der Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich
35 dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
36 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
37 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
38 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
39 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

40 ***Alles wird zur Ware***

41 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
42 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
43 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre
44 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen
45 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem
46 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche
47 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene
48 Märkte hergestellt.

49 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
50 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
51 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur
52 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die
53 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie
54 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu
55 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die
56 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre
57 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

58 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
59 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
60 Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und Leistungskürzungen des
61 Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und Gesundheitsdienstleistungen oder
62 Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.
63 FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen mehr betroffen als Männer, da die
64 traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge und Pflege vornehmlich von ihnen
65 geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass FLINTA*s durch unbezahlte Arbeit fehlende
66 öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

67 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr
68 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen
69 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde
70 sollte einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben:
71 Die ganze Welt sollte zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung
72 von Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterchaft.

73 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 74 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

75 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
76 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
77 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
78 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und
79 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten
80 Staaten des globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen
81 Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (World Trade
82 Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale Handelsverträge.
83 Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt.
84 Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen in Asien und anderen
85 Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen dabei nachgefolgt. Die Länder des
86 Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und
87 Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

88 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
89 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
90 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
91 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen.
92 Russland, die EU, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen mit ihren Möglichkeiten
93 das globalisierte Wirtschaftssystem mehr multipolar zu prägen.

94 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
95 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
96 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
97 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im
98 System globaler Kapitalismus.

99 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen
100 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen
101 Süd-Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde,
102 während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen
103 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und
104 Migration gezwungen sind.

105 ***Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu***
106 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
107 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
108 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberaler Schein herausgestellt.
109 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche
110 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine

111 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
112 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele
113 sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als
114 Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA*s gehen die
115 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

116 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
117 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
118 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
119 Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, zu reinen
120 Finanzunternehmen und ihren superreichen Nutznießer*innen betrieben.

121 **Die Gewalt der Globalisierung**

122 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den
123 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie
124 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen
125 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes
126 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

127 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
128 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von
129 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener
130 und großflächiger Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin
131 verwickelte transnationale Konzerne. In manchen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei.
132 Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter*innen und
133 Menschenrechtsverteidiger*innen sind an der Tagesordnung.

134 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
135 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser
136 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der
137 neoliberalen Globalisierung.

138 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die
139 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.
140 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, also die Tötung von FLINTA*s.

141 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird
142 wieder denkbar.

143 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**

144 Durch die durch Wachstumszwang getriebene Globalisierung sind auch der Gewalt gegen die Natur
145 und den Planeten immer weniger Grenzen gesetzt. Im Zuge der Vermarktlichung der Welt wird also
146 die Ausbeutung der Natur zusätzlich legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf
147 genommen.

148 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
149 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
150 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
151 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
152 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

153 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem
154 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben
155 kann.

156 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

157 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
158 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,
159 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
160 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
161 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit
162 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form
163 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

164 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
165 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klimabewegung
166 und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen auch den
167 ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus eine
168 wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur die
169 Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum
170 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen
171 abgebaut, zum Beispiel durch die Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale
172 Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird,
173 destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise.
174 Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach
175 Demokratisierung verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären Lösungen
176 einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre
177 autoritäre Politik durchzusetzen.

178 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

179 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
180 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
181 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
182 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

183 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung in erster
184 Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den
185 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
186 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die
187 demokratische Kontrollmechanismen umgehen. Staatlich gefördertes grünes Wachstum und
188 markkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
189 Klimakrise propagiert, obwohl längst alle wissen, dass der profitorientierten Globalisierung
190 planetare Grenzen gesetzt sind, die eine weiteres globales Wachstum untragbar machen.

191 **Eine andere Globalisierung ist möglich**

192 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
193 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
194 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
195 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

196 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
197 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
198 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
199 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

200 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
201 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
202 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
203 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
204 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

205 **Themenfelder**

206 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 207 **schließen!**

208 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
209 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales
210 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

211 **1.1. Was ist das Problem?**

212 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
213 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
214 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
215 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
216 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung
217 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
218 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
219 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,
220 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
221 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
222 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der
223 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von
224 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
225 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

226 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen
227 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
228 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei,
229 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in
230 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und
231 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von
232 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie
233 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch
234 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind
235 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik
236 unterwerfen wollen.

237 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
238 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
239 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
240 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

241 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
242 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
243 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
244 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
245 der Wirtschaft.

246 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
247 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
248 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

249 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
250 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
251 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten
252 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,
253 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die
254 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
255 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

256 **1.2. Was will Attac?**

257 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
258 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als
259 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung
260 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite
261 machen wollen und Krisen produzieren.

262 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
263 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

264 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
265 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen
266 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
267 Gläubiger*innen fallen.

268 **1.3. Wie erreichen wir es?**

269 ***Finanzmärkte regulieren***

270 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
271 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
272 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
273 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
274 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
275 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
276 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
277 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
278 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens

279 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
280 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
281 Nationen umzusetzen.

282 ***Kredite für soziale und ökologische Projekte***

283 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
284 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
285 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

286 ***Schulden streichen***

287 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und
288 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -
289 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,
290 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist
291 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht
292 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im
293 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck
294 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

295 ***International handeln***

296 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
297 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen
298 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
299 internationalen Handelns.

300 **2. Handelspolitik und Menschenrechte**

301 Handel wird als Schöpfer von Reichtum und Wohlstand beschworen: Je grenzen- und
302 hemmungsloser der Handel, desto größer der Reichtum. Die Vollendung des Handels wird darin
303 gesehen, dass auf den Shetland-Inseln jeder Lammfleisch aus Neuseeland kaufen kann, während vor
304 den Türen des Supermarktes Schafe grasen. Die permanente Verletzung der Rechte der Menschen
305 und der Natur wird für den sogenannten "freien" Handel in Kauf genommen.

306 Für Attac stehen Menschenrechte nicht der Profit im Mittelpunkt des Wirtschaftens und Handels.

307 **2.1. Was ist das Problem?**

308 Der globale Handel verspricht Reichtum für viele, schafft aber nur viel Reichtum für wenige.
309 Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur „fahren“ auf den Handelsrouten dieser Welt Profite in
310 die immer gleiche Richtung. In der anderen Richtung werden Gerechtigkeit und Schutz der
311 Schwachen stark gebremst unter Missachtung jeglicher Grenzen ökologischer Verträglichkeit.
312 Nach wie vor diktiert die Wachstumsrate mit dem BIP als Maßeinheit das Maß des Wohlstands.

313 Unterstützt und bewirkt wird dies durch ein Handelsregime auf Basis des Abkommens von
314 Marrakesch zur Gründung der WTO am 15. April 1994. Dieses Regime, dem aktuell nur
315 Staaten wie Nordkorea, Eritrea oder Kosovo nicht beigetreten sind, ist bewusst außerhalb der
316 Vereinten Nationen installiert worden.

317 Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und dadurch, dass die Staaten sich
318 dessen Regeln unterwerfen, mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen

319 ausgestattet. Es kann in Länder hineinregieren, um Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu
320 verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

321 Die starke Verbundenheit zu Demokratie und zu fundamentalen Rechten, wie sie in der
322 Menschenrechtserklärung von 1948 niedergelegt sind, wird zwar stets beteuert, im Streitfall
323 geraten jedoch Menschenrechte, soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Belange immer
324 wieder unter die Räder. Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer*innen werden in vielen Fällen
325 schlichtweg ignoriert.

326 Handelsverträge – nicht zuletzt die von der EU geschlossenen wie CETA (ohne vollständige
327 Ratifizierung vorläufig in Kraft gesetzt) – regeln nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie
328 legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung
329 höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor
330 öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, zur
331 Bildung, zur Mobilität und der Schutzwirkung von Zöllen usw.

332 Aber auch Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen entlang der globalen
333 Wertschöpfungs- und Lieferketten, zum Schutz der Umwelt, zum Erhalt der Biodiversität, zum
334 Schutz von Verbraucher*innen usw. laufen Gefahr, als Handelshemmnisse eingestuft zu
335 werden. Sie sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall
336 gebracht zu werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die WTO-Regeln einen
337 Streitbeilegungsmechanismus vorschreiben, der Schiedsgerichte außerhalb der ordentlichen
338 Gerichtsbarkeit vorsieht und installiert.

339 Schlimmer noch: Dort, wo bestehende Konventionen für alle sichtbar systematisch missachtet
340 und verletzt oder Umwelt und Habitate irreversibel zerstört werden, gibt es für die Opfer nur
341 begrenzte bis gar keine Möglichkeiten, die Verursachenden zur Verantwortung zu ziehen.

342 Auf der anderen Seite wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt,
343 dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im Globalen Süden keine Medikamente oder
344 Impfungen erhielten und erhalten, während grenzüberschreitenden Investoren durch
345 Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf
346 negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus
347 Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

348 Der deregulierte „Markt“ setzt der Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung
349 keine wirksamen Grenzen, Wettbewerb findet auf immer größeren Skalen zwischen immer
350 machtvolleren Strukturen statt, wer nicht mithält, bleibt auf der Strecke. Die globale
351 Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung hat erhebliche Ausmaße angenommen.
352 Insbesondere lohnintensive Bereiche wurden und werden in Subunternehmen ausgelagert oder
353 in Länder mit geringeren bis gänzlich fehlenden arbeitsrechtlichen Standards verlegt.
354 Nebeneffekt dieser Atomisierung der Arbeitsprozesse ist, dass nahezu kein Unternehmen mehr
355 in der Lage ist, sämtliche Komponenten eines Produktes selbst herzustellen. Gewollt oder
356 ungewollt fehlende oder verknappte Komponenten können ganze Industrien lahmlegen und
357 damit zum Hebel geopolitischer Auseinandersetzungen werden. Die Auswirkungen eines
358 aktuell sich abzeichnenden "roll back" bei den globalen Lieferketten sind noch nicht
359 abzusehen.

360 **2.2. Was will Attac?**

361 Die fatalen Folgen des global geltenden Handelsregimes bleiben selbst hartnäckigsten
362 Befürwortenden nicht mehr verborgen. Selbst dem EU-Parlament sind sie inzwischen bekannt,
363 nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe“
364 (OEIGWG):

365 Zurückgehend auf eine Initiative von Ecuador 2014 im Rahmen der UNO hat sich eine weltweite
366 Allianz (Treaty Alliance) gebildet, die eine Umwandlung der freiwilligen Leitlinien der UNO
367 (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights; UNGPs) in einen
368 völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ("Binding Treaty") fordert.

369 Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin
370 inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen
371 Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie
372 weiter vorangehen und auch die Wertschöpfungsketten in ihre Regulierungen einbeziehen.

373 **2.3. Wie erreichen wir das?**

374 Wir fordern die deutsche Regierung und die EU auf, sich der "Treaty Alliance" anzuschließen.
375 Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst,
376 sondern verursacht. Deshalb muss ein "Binding Treaty" für eine menschenrechtliche Regulierung
377 der globalen Wirtschaft implementiert werden.

378 All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und
379 Investitionsverträge – nicht zuletzt die der EU –, die dem Primat der Menschenwürde
380 widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, müssen auf den
381 Prüfstand gestellt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) sind als starke Prinzipien
382 bei Streitigkeiten zu berücksichtigen. Den Streitbeilegungsmechanismus über undemokratische
383 Schiedsgerichte lehnen wir ab.

384 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

385 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
386 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
387 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
388 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

389 **3.1. Was ist das Problem?**

390 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
391 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
392 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser,
393 Verkehrsunternehmen und Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht
394 Halt gemacht. Sogenannte Public-Private-Partnerships, bei denen die öffentliche Hand und Private
395 gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche Hand langfristig an private
396 Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls als Formen der
397 Privatisierung zu sehen.

398 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
399 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
400 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende zu schaffen, um Renditen zu erwirtschaften.
401 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden

402 billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu Verteuerungen und
403 Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die Privatisierungen vor allem für diejenigen, die ihr Kapital in
404 den privatisierten Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private
405 entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen und
406 Freihandelsverträge ebenso wie der Vertrag von Lissabon und EU-Richtlinien sichern die Profite
407 von Privatisierungsgewinnern und erschweren Vergesellschaftung.

408 **3.2. Was wäre besser?**

409 Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, digitale Teilhabe, Verkehr,
410 Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt
411 werden, Profite zu erzielen. Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein
412 wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft sein. Öffentliche
413 Unternehmen müssen aber stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet werden. Es reicht
414 nicht aus, wenn politische Mandatsträger*innen in den Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von
415 ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen,
416 Stromabnehmer*innen und Umwelt- und Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient*innen im
417 Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen an
418 die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten
419 gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der
420 Gruppen allein die Mehrheit hat. Die Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht unterliegenden
421 Formen wie AG oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form wie
422 beispielsweise der Anstalt des öffentlichen Rechts, um sie vor Privatisierung zu schützen.

423 **3.3. Wie erreichen wir es?**

424 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 425 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

426 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
427 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,
428 verhindert werden, und inzwischen werden sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue
429 öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber
430 bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen auch demokratisiert und
431 nach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet werden.

432 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen***

433 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem in Form der Fallpauschalen und der
434 Privatisierung von Kliniken muss zurückgedrängt werden. Art und Umfang medizinischer
435 Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf orientieren und nicht an den Kosten. Notwendige
436 Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert werden. Mit der
437 Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, Privatisierte Krankenhäuser müssen
438 wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

439 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

440 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
441 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
442 soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert werden und allen unabhängig von ihren
443 ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

444 **Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren**

445 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
446 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine
447 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
448 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
449 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
450 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
451 Entscheidungen beteiligt werden.

452 **Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung
453 verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen**

454 Viele Handelsabkommen enthalten Regelungen, um Marktöffnungen und Privatisierungen zu
455 erzwingen. Sie müssen aufgekündigt werden. Ein wesentlicher Bestandteil vieler
456 Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder
457 Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von
458 lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige
459 Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert
460 werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

461 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

462 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
463 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um qualitativ hochwertige
464 Dienstleistungen erbringen zu können.

465 **4. Krieg und Militarisierung**

466 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
467 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
468 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
469 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
470 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

471 **4.1. Was ist das Problem?**

472 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
473 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
474 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
475 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte
476 von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen
477 und werden ausgegrenzt. Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden meist wenig
478 Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. Ist Krieg präsent, wird er normalisiert. Die lange
479 Fortdauer über Jahre, die Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät aus dem
480 Blick. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe
481 Deutschlands rücken lassen.

482 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
483 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
484 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale
485 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
486 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu

487 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
488 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung
489 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie
490 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
491 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

492 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege
493 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
494 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen
495 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären
496 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte
497 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung
498 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
499 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

500 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
501 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
502 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
503 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Militär
504 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
505 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
506 zur Lösung der Klimakrise nötig.

507 **4.2. Was will Attac?**

508 Attac setzt sich ein für eine demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile Konfliktlösung.
509 Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die Kriegstreiber und
510 Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird auch mit
511 Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt ohne Krieg
512 ist möglich!

513 Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten genutzt werden, um ein gutes
514 Leben für Alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit
515 ohne Profite, die Bekämpfung der Klimakrise und vielfältige Kunst und Kultur.

516 **4.3. Wie erreichen wir das?**

517 ***Zivile Konfliktlösung***

518 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv
519 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei
520 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen
521 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist
522 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. Die Militarisierung der
523 Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

524 ***Globalisierung entmilitarisieren***

525 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird
526 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die
527 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der
528 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die

530 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
531 Terrorismus bei.

532 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die
533 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in
534 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan oder in Mexiko. Unser Protest
535 gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch – nationaldenkende Versuche der
536 Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt legen wir offen
537 und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

538 **Globale Abrüstung**

539 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
540 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
541 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
542 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
543 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen
544 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
545 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
546 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

547 **5. Soziale Sicherheit für alle**

548 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
549 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
550 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
551 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
552 Sicherungssysteme.

553 **5.1. Was ist das Problem?**

554 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
555 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
556 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
557 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

558 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
559 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
560 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus
561 den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und
562 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der
563 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der
564 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
565 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

566 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
567 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
568 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen
569 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
570 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
571 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen
572 Unternehmen international gestärkt werden.

573 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
574 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,
575 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.
576 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.
577 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem
578 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege
579 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht
580 bezahlt.

581 **5.2. Was will Attac?**

582 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
583 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
584 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
585 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und
586 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle
587 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal
588 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und
589 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert
590 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

591 **5.3. Wie erreichen wir es?**

592 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
593 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die
594 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die
595 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme
596 schlägt Attac konkret vor:

597 ***Solidarische Bürgerversicherung***

598 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
599 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
600 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
601 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
602 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

603 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
604 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
605 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

606 ***Soziale Grundsicherung***

607 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
608 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
609 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

610 ***Radikale Arbeitsumverteilung***

611 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
612 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
613 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
614 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
615 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

616 **Solidarische Städte**

617 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
618 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
619 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
620 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

621 **6. Flucht/Migration**

622 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
623 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

624 **6.1. Was ist das Problem?**

625 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
626 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
627 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
628 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
629 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,
630 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
631 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei
632 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
633 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier
634 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen
635 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen
636 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden
637 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von
638 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
639 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
640 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
641 ausgleichen.

642 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
643 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
644 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
645 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

646 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
647 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in
648 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
649 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und
650 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit
651 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum
652 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende
653 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und
654 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte
655 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

656 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
657 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
658 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der

659 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den
660 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben
661 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden
662 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken
663 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und
664 Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres
665 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den
666 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften
667 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden
668 aus.

669 **6.1. Was will Attac?**

670 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
671 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
672 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
673 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
674 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
675 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

676 **6.3. Wie erreichen wir das?**

677 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
678 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
679 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
680 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
681 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein
682 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe
683 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

684 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

685 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
686 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
687 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die
688 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist
689 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

690 **7.1. Was ist das Problem?**

691 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der
692 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die
693 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die
694 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
695 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
696 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das
697 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren
698 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

699 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
700 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
701 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und

702 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
703 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
704 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

705 **7.2. Was will Attac?**

706 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
707 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
708 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden
709 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

710 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
711 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft
712 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit
713 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

714 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
715 der Wirtschaft stehen.

716 **7.3. Wie erreichen wir das?**

717 ***Ökologische Regulierung der Märkte***

718 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
719 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
720 insgesamt.

721 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

722 Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, muss der Konsum vor allem von Reichen und Wohlhabenden
723 reduziert werden, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Menschen, die heute nicht genug für
724 ein gutes Leben haben, muss dies zur Verfügung gestellt werden.

725 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
726 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
727 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
728 produziert werden soll.

729 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und
730 vor allem reparierbar sein.

731 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss reduziert werden. In der
732 Nahrungsmittelproduktion ist eine enkelgerechte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere
733 Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

734 ***Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.***

735 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent
736 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen
737 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt
738 werden.

739 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
740 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
741 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die
742 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

743 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

744 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an
745 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

746 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
747 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa
748 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

749 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
750 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
751 Autos und für alle bezahlbar ist.

752 **8. Demokratie**

753 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und
754 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen
755 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit
756 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,
757 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede
758 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
759 Politische Bildung ist deshalb ein zentrale Anliegen von Attac.

760 **8.1. Was ist das Problem?**

761 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem
762 parlamentarischen System, wo Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen
763 Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3
764 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht
765 einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

766 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
767 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
768 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
769 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
770 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
771 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

772 Wenn Freihandelsverträge unter dem Regime der WTO über ihre Liberalisierungs- und
773 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
774 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
775 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
776 auf dem Papier.

777 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,
778 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer
779 Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass
780 demokratische Strukturen nicht nur nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden,
781 gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen Politiker:innen der
782 extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich
783 demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.
784 Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden
785 muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleiche Wahlen gibt
20

786 und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine
787 Demokratie.

788 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
789 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
790 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
791 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
792 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
793 sie mitgestalten, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den gleichen
794 Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage, wer
795 tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung
796 spielen.

797 **8.2. Was will Attac?**

798 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
799 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

800 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
801 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
802 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
803 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

804 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
805 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. Denn unser Ziel
806 muss es sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

807 **8.3. Wie erreichen wir das?**

808 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für
809 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

810 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
811 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
812 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
813 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und
814 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

815 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
816 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
817 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
818 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
819 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten
820 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
821 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

822 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue
823 Konzepte der Vergesellschaftung!

824 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

825 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
826 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle

827 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
828 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine
829 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
830 Attac ein wichtiges Thema.

831 **9.1. Was ist das Problem?**

832 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
833 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
834 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
835 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
836 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
837 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
838 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
839 untergeordneten Positionen.

840 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
841 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
842 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

843 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
844 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
845 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
846 jedoch oft nicht gehört.

847 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
848 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
849 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, also der Tötung einer
850 FLINTA*-Person, als heftigste Form patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle
851 Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um die Demonstration von Macht geht.

852 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
853 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
854 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
855 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

856 **9.2. Was will Attac?**

857 FLINTA*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
858 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
859 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
860 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
861 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

862 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
863 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
864 Herrschaft abzusichern.

865 **9.3. Wie erreichen wir das?**

866 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
867 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
868 sozial-ökologische Transformation.

869 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
870 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
871 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
872 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
873 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

874 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
875 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
876 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
877 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
878 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
879 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

880 Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit außerhalb des Sozial- und Gesundheitsbereichs muss
881 gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale
882 Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben.

883 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
884 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
885 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
886 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
887 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
888 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
889 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
890 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

891 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
892 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
893 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
894 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine
895 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
896 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

897

898 **Epilog**

899 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

900 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
901 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
902 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
903 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
904 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

905

906 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit
907 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft
908 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.
909 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.

910 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und
911 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und
912 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher
913 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die
914 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit
915 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus
916 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.
917 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter
918 verwirklicht.

919 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
920 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
921 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
922 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
923 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
924 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
925 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
926 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
927 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
928 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
929 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
930 schädlicher und unnützer Produkte.

931 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
932 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
933 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

934 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
935 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

936 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
937 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
938 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
939 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

940 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
941 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
942 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
943 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
944 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
945 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

946 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
947 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
948 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
949 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

950 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
951 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
952 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
953 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere

954 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
955 Naturzerstörung gestoppt.

956 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
957 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
958 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
959 durchgesetzt.

960 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

961

962 *FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
963 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
964 einzubeziehen.